

Wolfgang Berghofer

Zwischen Wut und Verzweiflung

Nüchterne Bilanz nach achtzig Jahren

edition ost

Inhalt

| | |
|----------------------------|-----|
| Ein Wort zuvor | 7 |
| Zertifikat | 15 |
| Ballast | 41 |
| Tuschkasten | 65 |
| Verblendung | 79 |
| Nationalismus | 97 |
| Pharisäer | 115 |
| Diktator | 129 |
| Massenverblödung | 149 |
| Inkompetenz | 163 |
| Vasallen | 175 |
| Doppelmoral | 195 |
| Demontage | 211 |
| Zukunft | 223 |
| | |
| Personenregister | 242 |
| Literatur | 246 |

Ballast

*Es heiÙe ja immer,
man dürfe ganz verschieden sein,
solange man sich auf dem Boden
der Verfassung bewege, sagte Merkel.
»Doch, ganz ehrlich«, sagte sie,
so einfach sei es eben nicht.*

Süddeutsche Zeitung, 3. Oktober 2021

Erstaunlicherweise gelangte ein CDU-Politiker – Ralph Brinkhaus, Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion, bis ihn Friedrich Merz verdrängen sollte – zu der Erkenntnis: »Wir brauchen eine Modernisierung unserer kompletten Staatlichkeit, wir brauchen in diesem Land eine kleine Revolution.« Es war Ende März 2021, die Große Koalition regierte, das Land befand sich im dreizehnten Monat der Corona-Epidemie und im zweiten Lockdown. Obervirologe Karl Lauterbach (SPD) gab wie gewohnt den alleswissenden Oberlehrer, doch Brinkhaus befand staatsmännisch und zutreffend: »Auf diesem Land, auf diesem Staatswesen liegt der Staub von 200 Jahren, und diesen Staub müssen wir spätestens jetzt in der Krise beseitigen.«

Das Bundestags-Protokoll vermerkte an dieser Stelle »Beifall bei der CDU/CSU« und den Zwischenruf des Parlamentarischen Geschäftsführers der Linken, Jan Korte:

»Revolution ist nicht Ihr Ding!« Womit der Linke nicht falsch lag. Aber das traf auch auf seine Partei zu.

Wir wissen inzwischen: Die Revolution fiel aus, »der Staub von 200 Jahren« lastet noch immer »auf diesem Staatswesen«.

Inzwischen sind zu den zweihundert zwei weitere Jahre hinzugekommen.

Es ist leichter zu kritisieren als zu regieren. Man muss nicht auf *Phoenix* Bundestagsdebatten verfolgen, um zu sehen, dass diese Feststellung stimmt. Und es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn die heutige Unions-Opposition jene Maßnahmen scharf attackiert, die sie gestern als Regierungspartei beschlossen oder mitgetragen hatte. Davor bewahrt auch die berühmte Warnung des Vorsitzenden einer damals gerade regierenden Partei nicht, die er nach seiner Wahl ins Mikrofon gerufen hatte: »Opposition ist Mist.« Müntefering (SPD) 2004.

Was ist das Gegenteil von »Mist«?

Wenn ich die Leidensmiene des aktuellen Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz der Bundesrepublik Deutschland sehe oder mich der hängenden Mundwinkel unserer einstigen Bundeskanzlerin erinnere, habe ich nicht den Eindruck, dass Regieren großen Spaß bereitet. Die Amtsträger wirken ausnahmslos gehetzt, die Last der Verantwortung scheint sie zu Boden zu drücken. Geben sie sich so, um das Mitleid des Wahlvolks zu bekommen? Aber warum haben sie sich dann in diese Funktion wählen lassen? Sie hat doch niemand gezwungen, sich für uns auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern. Es war ihre Entscheidung. Sie

selbst haben doch um einen aussichtsreichen Listenplatz oder um ein Direktmandat gekämpft. Hat es sie derart gereizt, täglich in den Medien abgelichtet und zitiert zu werden? Umschwärmt von Hofschranzen, Wichtigtuern und Personenschützern, von Intriganten, Lobbyisten und Schmarotzern?

Oder war's die Flucht vor dem »Mist«?

Rettung bietet der Rücktritt. Gegen den wehren sich die meisten aber allein schon deshalb, weil die Oppositionspolitiker ihn bei jeder Gelegenheit fordern.

Nicht zu vergessen: der Verlust von Ansehen, Prestige, Vergütung, Steuervorteilen, Pensionsansprüchen, noblen Dienstwagen und exklusiven Verbindungen, ja, auch das: die Aufgabe der Immunität ...

Das parlamentarische Leben ist ritualisiert und hält nur noch wenige Überraschungen bereit. Alles ist ausrechenbar. Das gesamte politische System der Bundesrepublik ist verkrustet. Angesichts der gegenwärtigen Rückwärts-Entwicklung erscheint Stagnation bereits als Fortschritt. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland sechs Jahre jünger ist als ich, ist ihr politischer Apparat fast so knöchern wie das Kaiserreich. Und das lag ein Menschenleben vor meiner Geburt. Man möchte dennoch Bismarck auf Transparente pinseln, nämlich was der Eiserne Kanzler am 12. Juni 1882 im Reichstag ausrief, und wäre damit unserer Gegenwart weit voraus: »Etwas mehr Sozialismus wird sich der Staat bei unserem Reiche überhaupt angewöhnen müssen.«

Aber: Wir schleppen stattdessen anderes antiquiertes Erbgut aus Bismarcks Tagen mit uns herum. Erst 2018

wurde der sogenannte Majestätsbeleidigungsparagraf – § 103 StGB – gestrichen. Der türkische Präsident hatte einen deutschen Satiriker wegen Beleidigung angezeigt. Nun endlich, im 21. Jahrhundert, fand auch das Parlament, dem doch so viele Juristen angehören, dass dieser Paragraf aus dem 19. Jahrhundert »für die Zukunft entbehrlich« sei, wie Angela Merkel den Sachverhalt ironisch kommentierte.

Nicht nur »entbehrliche« Vorschriften überdauerten die Weimarer Republik, das Dritte Reich und die deutsche Zweistaatlichkeit. Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole, Bildung krimineller Vereinigungen und dergleichen: Alles noch gültige und angewandte Paragraphen aus dem kaiserlichen Strafgesetzbuch. Länger existieren nur noch die Zehn Gebote ...

2007 veröffentlichten die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages die Dokumentation »Zum rechtlichen Fortbestand des ›Deutschen Reichs‹«. Darin wurde auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Dezember 1972 verwiesen. Seinerzeit war in Karlsruhe eine Klage über die Rechtmäßigkeit des Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR anhängig, Antragsteller war der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß.

Die Richter erklärten damals, das Grundgesetz gehe davon aus, »dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. Mit der Errichtung der

Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert [...].

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ›Rechtsnachfolger‹ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ›Deutsches Reich‹, in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings teildentisch, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.«

In verständlichem Deutsch: Kriege, Potsdamer Abkommen, militärische Besetzung und deutsche Zweistaatlichkeit hatten dem Deutschen Reich seit seiner Proklamation im Spiegelsaal zu Versailles nichts anhaben können. Es bestand fort. Der Taufschein für das deutsche Kaiserreich am 18. Januar 1871 war somit die Geburtsurkunde der Bundesrepublik Deutschland. Wir hätten also 2021 den 150. Jahrestag feiern müssen. Außer vier Goldmünzen, einer Diskussionsrunde im Haus des Bundespräsidenten und einigen Geschichtsbetrachtungen passierte jedoch nichts. *Die Welt* aus dem Hause Springer stellte in diesem Zusammenhang als einzige die rhetorische Frage: »Was vom Kaiserreich heute noch in Deutschland steckt«.

Natürlich lieferte das konservative Blatt auch die Antwort und bestätigte: Ja, es »finden sich Entwicklungen und Strukturen, die bis in die heutige Bundesrepublik fortwirken«.

Die »neoliberale Moderne« habe sich damals »gegen den traditionellen Ständestaat« durchgesetzt. »Abgesehen vom progressiven Wahlrecht bedeutete das den

Durchbruch der Marktwirtschaft und der bürgerlichen Denkfigur des Aufstiegs durch beschreibbare Leistung, die mehr zählt als ererbte Privilegien. Davon profitierte nicht nur das protestantische Bildungsbürgertum, das im Staatsapparat und in der Wissenschaft die meisten Schlüsselpositionen besetzt hielt (und zu dem heute als Pastorentochter Angela Merkel zählt).« Das war nun wahrlich eine intellektuelle Volte, auf die musste man erst einmal kommen! Und weiter: »Die bürgerliche Welt verhalf auch dem Typus des technischen Experten zu einer nie dagewesenen Geltung. Ingenieure, Erfinder und Entrepreneur wie Carl Benz, Gottlieb Daimler oder Werner von Siemens belegen das. Speziell das Wirken dieser Männer strahlt auf das Selbstbild der Bundesrepublik ab. Ein Land von Konstrukteuren zu sein, das beste technische Lösungen im Maschinenbau anzubieten hat, gehört zum Kern der deutschen Identität.« (Darauf werde ich an anderer Stelle noch zurückkommen.)

Nach einem Exkurs durch die anderthalb Jahrhunderte endete der Beitrag mit der Ansage, dass die politischen Erben der Gründergeneration einen »Hang zur Rechthaberei« hätten, »eine Neigung, die eigene Position erst moralisch aufzuladen und dann durchzudrücken«.

Dieser Feststellung mag ich so wenig widersprechen wie dem daraus gezogenem Schluss: »Dieses Personal wird nie einen Fehler zugeben, sondern erwartet eine totale Unterwerfung unter den eigenen Standpunkt. Das aber ist das Ende aller Liberalität. Und deshalb steckt vermutlich weit mehr Kaiserreich in der Bundesrepublik, als den Deutschen gefallen kann.«

Ja, der 18. Januar wäre schon ein ehrliches Bekenntnis (ich hoffe, man verspürt meinen ironischen Unterton). Vor allem aber hätten wir endlich ein konkretes Datum zum Feiern – was wir heute eben nicht haben. War's der 8. Mai 1949, als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz vorlegte? Der 12. Mai, als die westlichen Besatzungsmächte es genehmigten, oder der 23. Mai, als das GG in Kraft trat? War es die Wahl des ersten Bundestages am 14. August oder dessen Konstituierung am 7. September 1949? Die Wahl von Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten am 12. September oder die von Konrad Adenauer zum Kanzler drei Tage später? Oder gar dessen Amtsantritt am 20. September?

Der 3. Oktober 1990 taugt dafür nicht, denn schließlich war's nur ein Beitritt einiger Länder und Provinzen zu dem seit 1871 bestehenden Deutschen Reich, das sich 1949 lediglich als »ein Teil Deutschlands neu organisiert« hatte. Der andere Teil befreite sich vierzig Jahre später lediglich aus der Irredenta, aus seiner kommunistischen Geiselhaft.

Nicht grundlos wurde am Ort des abgerissenen Palastes der Republik das kaiserliche Hohenzollernschloss neu errichtet. Es wäre darum nur konsequent, die Wende in die Vergangenheit zu vollenden, indem im nationalen Selbstverständnis die Konstituierung des heutigen Staates auf eben jenes Datum aus dem Jahr 1871 festgelegt werden würde.

In jenem ausführlich zitierten Beitrag in der *Welt* vom 23. Januar 2021 wurde auch die amtierende Bundeskanzlerin erwähnt, die »Pastorentochter«. Angela

Merkel hatte zu jenem Zeitpunkt bereits den Parteivorsitz aufgegeben und signalisiert, dass sie nach sechzehn Jahren Kanzlerschaft für eine neue Amtszeit nicht mehr zur Verfügung stünde. Kritik an Merkel hatte es immer gegeben, was wohl in der Natur des Amtes lag und politisch aus unterschiedlichen Motiven berechtigt war. Auch in den eigenen Reihen wurde geseiert. Merkel brachte schließlich alles mit, was die konservativen Männer vom Rhein, dünnkelbeladen und voller Hochmut, die Nase rümpfen ließ: Frau, protestantisch, Naturwissenschaftlerin, bescheiden (die kaufte tatsächlich im Supermarkt um die Ecke selbst ein und ließ sich dort sogar das Portemonnaie klauen) – und ostdeutsch.

Wie tief die Abneigung im Kanzlerwahlverein gegen diese Person («Mutti») schon immer war – die doch die Union mit ihren Schwarzen Kassen, angeblichen jüdischen Vermächtnissen und verschwiegene Parteispenden einst aus dem Lügensumpf gerettet hatte (weshalb sie überhaupt an die Spitze der Partei geschoben worden war), demonstrierte eine Szene auf einem Parteitag. CSU-Chef Horst Seehofer demütigte die CDU-Vorsitzende und Regierungschefin im November 2015 auf offener Bühne vor bayerischem Parteivolk und TV-Kameras. Der Bajuware, ganz Oberlehrer hinterm Pult, putzte die neben ihm stehende Frau aus dem Osten herunter. Er überragte sie um zwei Kopflängen, die Herablassung war auch körperlich sichtbar. Das getadelte »Mädchen« (Kohl) hielt die Arme vor der Brust verschränkt, schwieg, der Blick ging ins Leere. Der linke Mundwinkel zog leicht nach oben, ganz wenig

nur, was als Anflug einer Unmutsbekundung gedeutet werden konnte.

Diese Bilder der angeblich mächtigsten Frau der Welt haben der Kanzlerin »draußen« wenig geschadet. Und auch wenn schon bald der rechte Mob auf der Straße skandierte: »Merkel muss weg!«, focht sie das nicht an. Zumindest ließ sie es sich nie anmerken. Da war ihre Haut so fest wie das Sitzfleisch ihres Vorgängers.

Die Parole »Merkel muss weg!« begleitete sie, bis Merkel wirklich weg war. Kreiert hatte sie übrigens ein Bayer: Franz Wiese. Der barocke Unternehmer von drüben handelte mit Textilmaschinen und mit rechtem Ideengut – er gründete den ersten Kreisverband der AfD in Brandenburg und führte ihn auch an. Seit 2014 polterte Wiese im Brandenburger Landtag. Dort produzierte er nicht nur wegen seiner markigen Sprüche Schlagzeilen, sondern auch durch den Umstand, dass ein Teil seiner Abgeordnetendiäten regelmäßig vom Finanzamt gepfändet wurde, weil er dem Fiskus Steuern vorenthalten hatte. Merkel-muss-weg-Wiese starb am 30. Dezember 2021, also wenige Wochen, nachdem Merkel tatsächlich weg war. Das nennt man wohl Ironie der Geschichte.

Obleich ich weder ein Freund von Merkel noch ihrer Politik war, zollte ich ihr Respekt und warnte schon früh Verwandte und Bekannte, für die sie aus unterschiedlichen Gründen ein rotes Tuch war. Es werde noch der Tag kommen, an dem wir sie alle vermissen würden, sagte ich. Leider behielt ich recht, ich hätte

mich gern geirrt. Ihr pragmatisches Verhandlungsgeschick, ihre Fähigkeit, Entscheidungen von deren Ende zu betrachten – also wie ein Schachspieler die Folgen eines Zuges im Voraus zu kalkulieren und ihn darum zu unterlassen, wenn er verhängnisvolle Konsequenzen heraufbeschwören würde –, geht ihren Nachfolgern gänzlich ab. Und nicht zuletzt waren ihre Kenntnisse der russischen Sprache wie der russischen Seele hilfreich. Für unser Land, für Russland, für Europa und damit für die Welt.

Die ostdeutsche Merkel teilte nicht die Ressentiments und Vorurteile der Westdeutschen gegenüber den Russen und war nicht nur willens, sondern auch fähig, die Welt aus der Perspektive des Kreml nüchtern zu betrachten.

So war denn der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hierzulande auch der Startschuss, die Altkanzlerin endgültig vom Sockel zu stoßen, auf den sie andere einst gestellt hatten, und das Denkmal Merkel zu schleifen. Zunächst hielt man ihr vor, dass sie auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 die Aufnahme der Ukraine abgelehnt habe. Dann ihre Befürwortung und Unterstützung für Nord Stream 1 und 2. Insgesamt kreidete man ihr eine vermeintliche Schlüsselrolle bei der angeblichen »Beschwichtigungspolitik« des Westens gegenüber Moskau an.

Und auch innenpolitisch wurde mit ihr abgerechnet. Die *taz* monierte am 9. April 2022 – nachdem die Zeitung den Vorwurf von »Fehlkalkulationen« in der Russlandpolitik Merkels durch den unsäglichen ukrainischen

Botschafter zitiert hatte –, »der Merkel'sche Nachwächterstaat« habe es zugelassen, »dass der Ausbau der erneuerbaren Energien stockte, weil Sonnenenergie zu teuer und Windkraft zu streitbehaftet war. So versandete die Digitalisierung, weil die Anbieter kühl kalkulierten, dass sich zusätzliche Funkmasten in der Uckermark oder der Eifel nicht rentieren.«

Als trüge allein Merkel Schuld am Wesen der kapitalistischen Marktwirtschaft.

Im Juni '22 hielt man ihr vor, dass sie sich im Februar 2020, während einer Dienstreise in Südafrika, zu einer Entscheidung des Thüringer Landtages geäußert habe. Dort war mit den Stimmen von CDU und AfD ein FDP-Abgeordneter zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Ihre Partei, die CDU, hatte gemeinsame Sache gemacht mit einer von einem gerichtsnotorischen Faschisten geführten Fraktion. Das hielt Merkel für unverzeihlich und forderte vom anderen Ende der Welt, dass dieses Ergebnis rückgängig gemacht werden müsse. Die AfD fühlte sich disriminiert, klagte beim Bundesverfassungsgericht und – bekam recht. Die Äußerung habe die AfD in ihrem Recht auf Chancengleichheit verletzt. »Dieser Eingriff ist nicht gerechtfertigt«, tadelten die Karlsruher Richter und gossen damit weiter Wasser auf die Mühlen aller Kritiker der nunmehrigen Altkanzlerin.

Zur selben Zeit, als Karlsruhe sie kritisierte, präsentierte sich Angela Merkel im Berliner Ensemble. Auf der Bühne beantwortete sie – erstmals seit ihrem Rückzug ins Private – die Fragen eines Journalisten. Das Gespräch wurde im Fernsehen übertragen und kann noch

immer auf *Youtube* gesehen werden. (In den nachfolgenden fünf Monaten taten dies eine Million Menschen.) Merkel wirkte im BE entspannt, aufgeräumt, hin und wieder kam ihr unterschwelliger Witz durch – es waren unterhaltsame anderthalb Stunden.

Die nachfolgenden Kommentare hingegen waren es nicht. Sie wirkten wie ein wütender Nachhall auf ihre Rede, die sie Monate zuvor auf dem Festakt zum Jahrestag der Wiedervereinigung in Halle gehalten hatte. Es war ihre letzte Rede im Amte.

Erstmals hatte sich die Kanzlerin an jenem 3. Oktober 2021 explizit zu ihrer ostdeutschen Vergangenheit erklärt und ihre daran geknüpften Vorhaltungen an ihre westdeutschen Landsleute diplomatisch-höflich in eine Frage gekleidet: »Müssen nicht Menschen meiner Generation und Herkunft aus der DDR die Zugehörigkeit zu unserem wiedervereinigten Land auch nach drei Jahrzehnten Deutscher Einheit gleichsam immer wieder neu beweisen, so als sei die Vorgeschichte, also das Leben in der DDR, irgendwie eine Art Zumutung?«

Und dann trug sie eine Begebenheit vor, die das deutlich illustrierte.

»In einem im letzten Jahr von der Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegebenen Buch mit vielen Beiträgen und Positionen zur Geschichte der CDU heißt es in einem der dort veröffentlichten Aufsätze über mich: ›Sie, die als Fünfunddreißigjährige mit dem Ballast ihrer DDR-Biographie in den Wendetagen zur CDU kam, konnte natürlich kein von der Pike auf sozialisiertes CDU-Gewächs altbundesrepublikanischer Prägung sein.‹

Die DDR-Biografie, also eine persönliche Lebensgeschichte von in meinem Fall 35 Jahren [...] ›Ballast‹? Dem Duden nach also eine ›schwere Last, die – in der Regel – ›als Fracht von geringem Wert zum Gewichtsausgleich mitgeführt wird‹ oder als ›unnütze Last, überflüssige Bürde‹ abgeworfen werden kann? – Das war der Duden.

Ich erzähle das hier nicht, um mich zu beklagen. Denn ich bin nun wirklich die Letzte, die Grund hätte, sich zu beklagen – so viel Glück, wie mir persönlich in meinem Leben beschieden ist.

Ich erzähle es auch nicht als Bundeskanzlerin. Ich möchte es vielmehr als Bürgerin aus dem Osten erzählen, als eine von gut 16 Millionen Menschen, die in der DDR ein Leben gelebt haben, die mit dieser Lebensgeschichte in die Deutsche Einheit gegangen waren und solche Bewertungen immer wieder erleben – und zwar als zähle dieses Leben vor der Deutschen Einheit nicht wirklich. Ballast eben, bestenfalls zum Gewichtsausgleich tauglich, im Grunde aber als unnütze Last abzuwerfen. Ganz gleich, welche guten und schlechten Erfahrungen man mitbrachte: Ballast.«

Das von Merkel beschriebene Problem war insofern sensationell, als sie es erst am Ende ihrer Kanzlerschaft anzusprechen wagte! Für ihre ostdeutschen Landsleute war das mehrheitlich Alltagserfahrung. Es hätte ihnen vielleicht geholfen, wenn es die Kanzlerin nicht erst in ihrer letzten Festtagsrede angesprochen, sondern von Anfang an zur Regierungspolitik gemacht hätte. So aber offenbarte sie damit einmal mehr die westdeutsche Vor-

mundschaft, der selbst sie sich sechzehn Jahre unterworfen hatte. Unterwerfen musste?

Zutreffend auch ihre Feststellung, dass »für die allermeisten Menschen in Westdeutschland« das Leben nach 1990 so weitergegangen war wie gewohnt, während sich für die Ostdeutschen alles veränderte. Nicht wenige seien in eine Sackgasse geraten. »So manche berufliche Fähigkeit, die früher gefragt war, zählte plötzlich wenig oder gar nicht mehr.«

Das nannte Merkel »deprimierende Erfahrungen«, die nicht ignoriert oder vergessen werden dürften.

Und wieder wartete sie mit einer Geschichte auf, die ihre persönliche Verletzung offenbarte. Sie zitierte aus einem Beitrag in der *Welt am Sonntag* aus dem Jahr 2015, als sie – gegen alle inneren und äußeren Widerstände – Kriegsflüchtlinge aus Syrien in großer Zahl willkommen heißen und sich dazu auf einer Pressekonferenz erklärt hatte.

Das Blatt schrieb damals, 2015: »Und sie tat etwas, was keiner ihrer Amtsvorgänger je getan hatte: Sie distanzierte sich einen Atemzug lang von der Republik, deren zweite Dienerin sie doch war. Sie sagte: Wenn man sich dafür entschuldigen müsse, in der Flüchtlingskrise ein freundliches Gesicht gezeigt zu haben, ›dann ist das nicht mein Land‹. Da blitzte einen Moment lang durch, dass sie keine geborene, sondern eine angelernte Bundesdeutsche und Europäerin ist.«

Das kommentierte Angela Merkel nunmehr von der Bühne in Halle vor den zumeist westdeutschen Honoratioren mit Sarkasmus: »Keine geborene, sondern ange-

lernte Bundesdeutsche? Keine geborene, sondern ange-
lernte Europäerin? Gibt es zwei Sorten von Bundesdeut-
schen und Europäern – das Original und die Angelernten,
die ihre Zugehörigkeit jeden Tag aufs Neue beweisen
müssen und mit einem Satz wie dem in der Pressekonfe-
renz durch die Prüfung fallen können? [...] Wer ent-
scheidet, wer die Werte und Interessen unseres Landes
versteht und wer das nicht tut beziehungsweise eben
nur, um das Wort noch einmal aufzugreifen, in ›ange-
lernter‹ Weise? Welches Bild von Wiedervereinigung
wird darin sichtbar? Hier die einen, die seit jeher Bun-
desdeutsche sind, dort die anderen, die Hinzugekom-
men, die sich durch Übung etwas aneignen müssen –
von geborenen und angelernten Europäern gar nicht zu
reden?«

Diese Worte am 3. Oktober 2021 nahm das west-
deutsche Establishment ihr übel. Damals zeigte man es
noch nicht so deutlich wie nun nach ihrem Auftritt im
Berliner Ensemble im Frühsommer 2022, als der Krieg
in der Ukraine bereits ein reichliches Vierteljahr tobte.
Der Grundtenor der Medien: Sie habe nicht von eigen-
en Fehlern oder Versäumnissen im Umgang mit Russ-
land, Putin oder der Ukraine gesprochen. »Im Gegen-
teil: Merkel ist selbstbewusst im Verteidigungsmodus
und pocht darauf, dass alles im Kontext des Zeitgesche-
hens betrachtet werden müsse und vergangene Ent-
scheidungen Schlimmeres verhindert hätten«, kam es
aus dem *ARD*-Hauptstadtstudio.

Der aktuelle CDU-Vorsitzende und langjährige Mer-
kel-Kritiker Merz sprach nunmehr von einem »Scher-

benhaufen«, den die einstige Kanzlerin in der Außen- und in der Sicherheitspolitik hinterlassen habe.

Trug Merkel allein seit 2005 Regierungsverantwortung? In welcher Deckung hatte in diesen sechzehn Jahren seine/ihre Partei bar jeglicher Zuständigkeit und Verantwortung gehockt?

Merkels Demontage ging systematisch weiter, wobei man vor keiner Peinlichkeit zurückschreckte. So steckte – vermutlich das FDP-geführte Finanzministerium – der Presse durch, dass es Gespräche zwischen Kanzleramt und Merkels Büroleitung gegeben und diese zu »Ausgabendisziplin« ermahnt habe. Der Bundeskanzlerin a. D. stehen laut Haushaltsplan neun Mitarbeiter zu – diese und keine Stelle mehr waren besetzt. Und auch die Renovierung der Räume hatte sich in den zulässigen Grenzen gehalten: »Es habe einen Türdurchbruch zwischen zwei Räumen gegeben, die Wände seien gestrichen worden. Zudem seien Fensterlamellen und Jalousien gereinigt und repariert worden«, erklärte Merkels Büroleiterin Anfang November 2022.

Wie kleinkariert war das alles. Doch es folgt gewiss die Hinrichtung gemäß der klassischen Folterpraxis: Knieschuss, Bauchschuss, Kopfschuss. Wann und wo das Finale erfolgen wird, ist noch offen. Dass das Ende allerdings kommen wird, scheint ausgemacht.

In der (westdeutsch geprägten) Politik gilt auch das Prinzip: Wechseln die Köpfe, ändert sich das Mobiliar. Als Joschka Fischer von der einstigen Turnschuh- und Toskana-Fraktion sein Büro im Gebäude des ehemaligen SED-Zentralkomitees bezog, bekam es im Auftrag

des neuen Besitzers einen Terrakotta-Fußboden (übrigens nicht aus der Toskana, sondern aus der Provence) verpasst. Sein späterer Nachfolger im Amt des Außenministers, Frank-Walter Steinmeier, verzichtete zwar auf die Entfernung des kostspieligen Fußbodens, be- und verdeckte diesen aber mit einem teuren Teppich. Er warf nur die Möbel raus.

Und so geschieht das bei jedem Regierungswechsel: teure Ausstattung raus, neues Designer-Interieur rein. Bezahlt vom Steuerzahler.

Nur die bescheidene Merkel übernahm Schröders Kanzleramtsmobiliar wie es war. Einmal sagte sie in eine Kamera, dass sie der riesige Schreibtisch ihres Vorgängers befremde, weshalb sie lieber am Konferenztisch arbeite. Geblieben ist das protzige Möbelstück trotzdem. Es erfüllte seinen Zweck, für den es angeschafft worden war. Das war Merkels Pragmatismus, auch wenn er schmerzte.

Wesentlich schwereres Geschütz als das Finanzressort fuhr hingegen Wolfgang Schäuble auf, Merkels langjähriger Wegbegleiter, der sie unverändert siezt. Wollte er den finalen Schuss setzen? Zumindest läutete er das Sterbeglöckchen. In einem Interview Mitte November 2022 erklärte er, dass er Nord Stream 1 und 2 »immer für falsch gehalten« habe, und er warf Merkel obendrein mangelnde Selbstkritik wegen ihrer – von ihm immer abgelehnten – Russlandpolitik vor. Schäuble nahm explizit Bezug auf eine Erklärung der Altkanzlerin wenige Tage zuvor, in der sie sich zu ihrer Russlandpolitik bekannt hatte. »Aus der damaligen Perspektive war es sehr rational und nachvollziehbar, leitungsgebundenes Gas auch aus

Russland zu beziehen, das billiger war als das LNG aus anderen Gegenden der Welt – USA, Saudi-Arabien, Katar«, hatte sie in einem Vortrag in Lissabon gesagt.

Und den Nachruf eröffnete Schäuble in dem *Handelsblatt*-Interview mit seiner Antwort auf die Frage, ob er Angela Merkel zu den großen deutschen Kanzlern rechne. Der nunmehr einfache Bundestagsabgeordnete Wolfgang Schäuble – Reihe 6 im Plenum – nannte Adenauer, Brandt und Kohl. Diese Aufzählung sei »vorläufig abgeschlossen«, endete er. »Ob Frau Merkel unter den großen Kanzlern einzuordnen sein wird, das ist vielleicht zeitlich noch zu früh, um das abschließend zu beurteilen.«

Acht Jahre zuvor – da war Schäuble noch Finanzminister im Merkel-Kabinett – hatte es anders geklungen. In der *Süddeutschen Zeitung* (»Merkel erfolgreicher als Napoleon«, 8. Dezember 2014) hatte er – Monate nach dem Anschluss der Krim an Russland – Merkels Regierungsstil und Führungsqualitäten gewürdigt. »Angela Merkel hat es viel besser als viele andere Regierungschefs in Europa geschafft, die Interessen einer sehr heterogenen Gesellschaft zu bündeln«, lobte damals Schäuble mit einem für Schwaben ungewöhnlichen Überschwang. Ihr »sehr persönlicher, nicht konfrontativer Stil der langen Linien« sei sehr erfolgreich, auch weit über die Bundesrepublik hinaus.

Vier Jahre später konnte man vernehmen, wie er bereits die Messer wetzte, als es darum ging, die Nachfolge an der vakanten Parteispitze zu bestimmen. Wolfgang Schäuble empfahl dem Parteivolk in der *FAZ* den 2002 durch die CDU-Vorsitzende Merkel vom Frakti-

onsvorsitz verdrängten Friedrich Merz, einen Lobbyisten und Wirtschaftsanwalt ohne parlamentarisches und Partei-Mandat.

Er zeigte damit »größtmögliche Distanz zur Kanzlerin« und dass er »für das Ende der Ära Merkel plädiert« (*Stern* vom 5. Dezember 2018). Trotzdem: Auch Wolfgang Schäuble billige ich das Recht auf Korrektur seiner Meinung zu, wie es Bismarck für sich eingefordert hatte und wie es viele Politiker nach ihm praktizierten. Konrad Adenauer: »Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern, nichts hindert mich, weiser zu werden.«

Schäuble ist mir wenige Monate voraus. Er wurde bereits im September 2022 achtzig. Er war Kanzleramtschef, Fraktionschef, Parteichef, Minister sowie Bundestagspräsident und wäre wohl auch gern Kanzler oder Bundespräsident geworden. Ich war weder das eine noch das andere und wäre es auch gewiss nicht gern geworden. »Isch over« hieß es für mich bereits Anfang 1990.

Die seither gemachten Erfahrungen mit der Politik hierzulande haben bestätigt, dass es eine richtige Entscheidung war. Der Umgang mit Angela Merkel, meiner ostdeutschen Landsfrau, durch das stockkonservative Polit-Establishment von Rhein und Ruhr, Isar und Starnberger See hat den letzten Zweifel, sofern er überhaupt jemals aufgekommen war, endgültig bei mir beseitigt.

Übrigens, der von Schäuble als »großer Kanzler« gerühmte Dr. Helmut Kohl bat mich am 11. Juli 2002 zu sich in sein Abgeordnetenbüro. Er saß im Zimmer 226 im vierten Geschoss Unter den Linden 71 – einst das Arbeitszimmer von DDR-Volksbildungsministerin Mar-

got Honecker, die ich wiederholt dort aufgesucht hatte. Kohl, der sich dieses Umstandes bewusst war, erklärte das Gespräch eingangs als vertraulich, er wünsche nicht, dass publik werde, was er von mir wissen wolle. (Was ich allerdings nicht als Verbot verstand, mir Tagebuchnotizen zu machen. Zugegeben, das fiel mir angesichts von drei geleerten Flaschen Riesling nicht ganz leicht, wenngleich nach meiner Erinnerung zwei auf Kohl gingen.)

Kohl erzählte launig, wie ihm Gorbatschow bei seinem Bonn-Besuch im Juni 1989 signalisiert habe, dass es in Moskau und Leningrad, in Kiew und Swerdlowsk und in anderen Orten große Versorgungsprobleme gebe. Ob man nicht darüber nachdenken könne, wie Hilfe möglich sei? Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle war froh, Lebensmittel für 200 Millionen DM aus der Staatsreserve auf diese Weise elegant loszuwerden. Diese Geste habe damals das Verhältnis von Gorbatschow zu ihm nachhaltig verändert, sagte Kohl und freute sich noch immer sichtlich, wie er mit einem bis dato unerkannten Bilanztrick diese Mittel dem Bundestag habe abtrotzen können. Wenig später sei Gorbatschows Vizepremier mit einer weiteren Wunschliste aufgekreuzt, darauf standen Konsumgüter im Volumen von etwa einer Milliarde Mark. Über diesen Auftrag hätten sich vor allem die großen Versandhäuser gefreut, denn so wurden sie ihre Ladenhüter los. Die Russen zahlten.

Und die DDR? Spielte sie im Gespräch zwischen Kohl und mir keine Rolle? Und ob! Kohl räumte ein, bei der Vereinigung Fehler gemacht zu haben, wurde auch konkret. Aber bei sechzehn Stunden Arbeitszeit

und der Belastung sei das doch menschlich verständlich gewesen, nicht wahr? Wir sollten jetzt gemeinsam darüber nachdenken, wie wir diese Fehler in den nächsten Jahren korrigieren könnten ...

Sein ein wenig aberwitziger Vorschlag war gewiss dem reichlichen Genuss des Traubensaftes zuzuschreiben.

Ja, die deutsche Einheit. – Es fielen Namen von Personen und Organisationen. Allein schon an Mimik oder Gestik konnte ich ablesen, was der Altkanzler über sie dachte, oder wie er zu ihnen stand. Stoiber, Späth, Biedenkopf – erkennbare Distanz. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt ... Die Spitzen der deutschen Industrie und Wirtschaft hätten ihn zutiefst enttäuscht, er halte nicht viel von ihnen. Wenn es nach denen gegangen wäre, so Kohl, dann wäre der Osten wirtschaftlich plattgemacht worden. Deshalb habe er – gegen den Widerstand der deutschen Großindustrie, aber mit Hilfe seines Freundes Francois Mitterrand – beispielsweise dafür gesorgt, dass die Raffinerie in Leuna an Elf Aquitaine gegangen sei.

Nun konnte ich allerdings auch eine andere Lesart als die mir vom Altkanzler angebotene. Die Treuhandanstalt hatte die Raffinerie der Leunawerke und den damit verbundenen VEB Minol wie weitere rund achttausend DDR-Unternehmen zur Privatisierung ausgeschrieben. Im Interesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit nahmen die beiden Staats- und Regierungschef dahingehend Einfluss, dass sie wiederholt ihren Wunsch äußerten, der französische Mineralölkonzern Elf Aquitaine möge die Leunawerke erwerben. Der Konzern zeigte sich

wegen des Sanierungsaufwandes und angesichts der in Deutschland vorhandenen Raffinerie-Kapazitäten zunächst wenig interessiert. Mit der Zusage von beachtlichen Subventionen – man sprach am Ende von zwei Milliarden Mark, die die deutsche Staatskasse lockergemacht habe – tätigte schließlich das französische Mineralölunternehmen das von der Politik gewünschte Geschäft.

Allerdings fiel Jahre später ein gewisser Schatten auf den Deal, als in einer Korruptions-Affäre gegen Elf Aquitaine in Frankreich und in der Schweiz ermittelt und Manager verurteilt worden waren, der Konzernchef beispielsweise bekam fünf Jahre. Die Ermittler interessierten sich auch für den Lobbyisten Dieter Holzer und den beamteten Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Ludwig-Holger Pfahls (CSU), in den achtziger Jahren auch mal Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Angeblich seien über eine Liechtensteiner Briefkastenfirma Bestechungs-, Schweige- und Schmiergelder in Höhe von fast neunzig Millionen DM aus Schwarzgeldkassen von Elf Aquitaine und der Thyssen AG geflossen und über ein Firmengeflecht in diversen Steueroasen gewaschen und an unbekannte Empfänger – mutmaßlich aus der deutschen Politik – weitergeleitet worden.

Im Mai 2002, wenige Wochen vor meinem Treffen mit Kohl, hatte in Berlin ein Untersuchungsausschuss die Arbeit aufgenommen. Der *Stern* schrieb in seiner Ausgabe vom 24. Mai 2002 dazu: »Der Leuna-Deal, so viel scheint heute festzustehen, konnte nur mit Hilfe von Bestechungsgeldern eingefädelt werden.«

In den Verfahren in Frankreich waren belastende Aussagen gemacht worden. »Die Deutschen sprachen bei den Verhandlungen mit Elf ihre Begehrlichkeiten offen an. ›Soweit ich verstanden habe«, sagte der einstige Elf-Manager André Tarallo in einer Vernehmung aus, ›kamen die Ansprüche von der CDU«. Ähnlich äußerte sich auch sein Kollege Jean-Claude Vauchez. ›Wir haben«, sagte der Ex-Manager, ›zum Zeitpunkt des Leuna-Geschäfts Spot-Zahlungen zugunsten deutscher Persönlichkeiten geschaffen.« Die Manager von Elf haben sich auch selbst bedient«, schrieb der *Stern*. Und sah »ein Geflecht von Beziehungen und alten Seilschaften, das bis in die Spitze der deutschen Politik reichte«.

Holzer sollte 2003 in Paris in Abwesenheit zu fünfzehn Monaten Haft und anderthalb Millionen Euro Geldstrafe verurteilt und der seit 1999 flüchtige Pfahls – 2000 aus der CSU ausgeschlossen – 2005 in Paris festgenommen und an Deutschland ausgeliefert werden. Im Verfahren vorm Landgericht Augsburg, in dem es vornehmlich um Schmiergelder bei Waffengeschäften ging, entlastete ihn die Aussage des Altkanzlers vom Vorwurf der Bestechlichkeit. 2011 gab es ein weiteres Verfahren gegen Pfahls in Augsburg, diesmal wegen Bankrotts, Betrugs und Erpressung. Er wurde zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Wohin genau aber das Geld »bis in die Spitze der deutschen Politik geflossen war«, weiß man bis heute nicht.

Auch mir hat es Helmut Kohl nicht verraten. Nicht mal unter dem verabredeten Siegel der Verschwiegenheit.